

Politische Probleme und Lösungskompetenzen der Parteien

Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik stehen vor einer ernsten und tiefgreifenden Bewährungsprobe. Herausforderungen sind zu bewältigen, die in Bedeutung und Gewicht der Aufgabe des Wiederaufbaus nach dem Krieg nahekommen. Erneut ist unsere Gesellschaft mit einer Vielzahl schwerwiegender Probleme gleichzeitig konfrontiert, die jeweils für sich genommen schon die ganze Kraft und Aufmerksamkeit der Politik beanspruchen würden. Ein Problemberg*) ist entstanden, der in seiner Größenordnung wie in seinen Wirkungen und Folgen kaum bezwingbar scheint. Noch werden die Probleme weitgehend isoliert erfahren. Entsprechend fehlen Wissen und Bewußtsein um die Problemfülle, um die es geht. Im Oktober 1979 hat das Institut für Demoskopie Allensbach — wie schon einige Male vorher — politische Prioritäten und die Lösungskompetenzen der Parteien ermittelt. Die Leistungsdaten der Union können damit um ein weiteres Jahr fortgeschrieben und eine positive Bilanz eröffnet werden.

Die Dimension des Problembergs wirft die Frage nach seinen Ursachen und der Verantwortung für sein Entstehen auf. Sicher reicht eine globale Schuldzuweisung an die Bundesregierung und die Koalition von SPD und FDP nicht aus. Dennoch tragen sie eine zurechenbare Verantwortung. Die CDU hat dies in ihrer Mannheimer Erklärung umfassend analysiert und begründet. Zwei Zitate aus der Mannheimer Erklärung werfen Schlaglichter auf die Mitverantwortung und geben Aufschluß über einige politisch bestimmte Ursachen:

*) Siehe hierzu Handbuch für die innenpolitische Argumentation, herausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

„Die Entwicklung der letzten Jahre ist schließlich durch die spürbare Beeinträchtigung der inneren Stabilität und äußeren Sicherheit unseres Gemeinwesens gekennzeichnet. Die allgemeinen weltpolitischen Veränderungen und die verfehlte Politik von SPD und FDP, wie die Neuaufgabe historisch überholter Klassenkampfvorstellungen, die Verschärfung des Generationenkonflikts durch gemeinschaftszerstörende Bildungsinhalte, die Verketzerung von Bevölkerungsgruppen durch Maßnahmen wie die Aktion ‚Gelber Punkt‘, die Kampagnen zur Kontrolle wirtschaftlicher Investitionen und der bewußte Abbau des Leistungsgedankens haben die Widerstandskraft der Gesellschaft und ihre Fähigkeit gemindert, den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu entsprechen.

Im Bereich der Wirtschaft ist es der Koalition nicht gelungen, die Ziele des Stabilitätsgesetzes zu verwirklichen. Ihr Verhältnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist gebrochen. Die Angriffe der Regierungskoalition auf die private Wirtschaftsverfassung lähmen die unternehmerische Initiative. Verfehlte und gescheiterte Reforminitiativen im Bereich der Gesellschaftspolitik führten zu ordnungspolitischer Unsicherheit.

Die Überforderung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft schwächte ihre Investitionskraft. Die wirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig im Inneren durch zunehmende strukturelle Spannungen gekennzeichnet, während sich gleichzeitig aus der veränderten internationalen Wirtschaftslage erhöhte Anforderungen an die Leistungskraft unserer Wirtschaft ergeben. Nachhaltige Störungen in den Wirtschaftsabläufen sind die Folge. Die Koalition hat sich als unfähig erwiesen, Wachstum und wirtschaftliche Dynamik zu erhalten.“

Die Menschen hatten anderes, besseres erwartet:

- Systematisch haben SPD und FDP Hoffnungen auf eine neue, bessere Gesellschaft erzeugt und genährt;
- durchgängig haben SPD und FDP bei Bürger und Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, daß mit den Mitteln ihrer Politik nahezu alle Probleme beherrschbar sind.

Entsprechend hart und unvermittelt sehen sich die Bürger heute mit den Problemen konfrontiert. Zugleich stellen sie fest, daß es der Regierung und der SPD/FDP-Koalition sowohl an Perspektiven und ordnungspolitisch abgesicherten Strategien der Problemlösung als auch an der notwendigen Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit mangelt.

Da der Themenkomplex „Probleme und Lösungskompetenzen“ im Hinblick auf die Bundestagswahl so außerordentlich wichtig ist, soll im folgenden dargestellt werden, welche Probleme die Bürger, die Wähler sehen und welche Partei ihrer Ansicht nach den Probleberg abtragen kann.

Wichtige politische Forderungen

Im Vergleich zu 1976 und 1977 signalisierten die Daten von Oktober 1978 ganz allgemein ein vermindertes Problembewußtsein bei den Bundesbürgern: Generell waren die Nennungen bei den politischen Forderungen rückläufig.

Diese Tendenz zeigte sich nicht nur bei den politischen Aufgaben am Ende des Prioritätenkatalogs, sondern auch bei den Spitzenreitern. Ebenfalls zu sehen war diese Entwicklung bei den Anhängern aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Doch heute hat sich die Situation geändert: Die Ergebnisse von Oktober 1979 lassen erkennen, daß die Wähler den Problemdruck deutlich stärker spüren als vor einem Jahr.

Unter den drängendsten Problemen der Gegenwart und der Zukunft sind die drei wichtigsten, nämlich Energiesicherung, Renten und Arbeitslosigkeit, in ihrer Brisanz erst in den letzten Jahren voll in das Bewußtsein der Bevölkerung getreten bzw. die Energieproblematik erst in den letzten Monaten.

So lag im August 1972 einer Allensbach-Umfrage zufolge das Problem Arbeitsplatz mit einem Dringlichkeitsgrad von 53 % erst auf dem 8. Rang der gesamten Prioritätenskala. Auch die Rentenproblematik war in ihrer jetzigen Ausprägung damals kein ernstes Problem. Nur im allgemeinen Kontext zusammen mit der Vorsorge auch gegen Krankheit hielten die Bürger die Rentenfrage mit 62 % für wichtig. Damals rangierte die Sicherung des Friedens an erster Stelle.

Die Bundesbürger fordern heute nachdrücklich von der Politik adäquate Problemlösungen vor allem in den Bereichen:

- Energiesicherung
- Rentensicherung
- Arbeitslosigkeit
- Inflationsbekämpfung
- innere Sicherheit
- Umweltschutz

Bei Vorlage eines entsprechenden Themenkatalogs bezeichneten 70 bis 80 % unserer Bürger diese Themen als besonders wichtig!

An Bedeutung gewonnen haben im letzten Jahr vor allem die Energiesicherung, die Preisstabilität und der Umweltschutz, aber neuerdings auch die Rentensicherung.

Auch in Themenfeldern, die keine Spitzenpositionen einnehmen, ist das Problembewußtsein größer geworden: Persönliche Freiheit (Bürokratie), politische Beein-

flussung von Kindern in der Schule, Familienpolitik, Datenschutz, Gleichberechtigung der Frau, Kampf gegen Sozialismus und Nachgiebigkeit gegenüber dem Osten sind Themen, die ausgeprägte Prioritätszuwächse zu verzeichnen haben.

Entgegen dem allgemeinen Trend haben zwei Themen in der Bevölkerung an Resonanz verloren: Arbeitslosigkeit und innere Sicherheit. Dennoch: Der hohe Stellenwert, den diese Forderungen bei den Wählern immer noch einnehmen, zeigt deutlich, daß trotz entspannter Lage auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der inneren Sicherheit die Probleme noch lange nicht als gelöst angesehen werden.

Lösungskompetenzen der Parteien

Eine gegenseitige Abhängigkeit besteht zwischen Parteipräferenzen und Lösungskompetenzen. Einmal wird normalerweise der präferierten Partei auch die Lösungskompetenz auf wichtigen Aufgabengebieten eher zugesprochen als einer anderen.

Andererseits ist ein ausgeprägtes Leistungsprofil für eine Partei wesentliche Voraussetzung für gute Wahlergebnisse. Denn: Die Bindungen eines Wählers an eine Partei können sich dann lockern bzw. lösen, wenn die Gewißheit besteht, daß eine andere als die eigene Partei besser in der Lage ist, wichtige politische Aufgaben zu bewältigen.

Betrachtet man die letzten zehn Jahre, dann wird der Zusammenhang zwischen Lösungskompetenz und Wahlerfolgen deutlich.

Als die Union 1969 erstmals nach 20jähriger Regierungszeit die Rolle der parlamentarischen Opposition übernehmen mußte, hatte sich ihr Kompetenzprofil deutlich abgeflacht und ging bis 1972, als die SPD erstmals stärkste Partei wurde, weiter zurück.

In den damals als wichtig empfundenen Bereichen — Wechselkurse, Reformen, Ostpolitik — wurde die SPD/FDP-Koalition als kompetenter angesehen als die Unionsparteien. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag in den Wahlchancen der Parteien.

Nach 1972 stabilisierte sich das Leistungsprofil der Union. Mit einem Ergebnis von 47 % in den Umfragen*) des Jahres 1973 konnte erstmals seit 1969 eine spürbare Chancenverbesserung festgestellt werden. Nach 1973 wandelten sich die Prioritäten, die Lösungskompetenz der Union nahm in allen Bereichen zu.

Allgemein gilt, daß die Parteien vom Bürger hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit je nach Problembereich unterschiedlich bewertet werden. Für manche Probleme wird die Union, für andere Probleme die SPD für besser gehalten.

*) Umfragen des Instituts für Demoskopie, Allensbach.

So sieht der Bürger die CDU/CSU in erster Linie als Garant für den Schutz des Privateigentums, der Wahrung nationaler Interessen, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Auch bei der Sicherung stabiler Preise, einer stabilen Wirtschaftsordnung sowie im Bereich der äußeren Sicherheit wird der Union vom Bürger viel zugetraut.

Demgegenüber schnitt die SPD in der Vergangenheit in den Augen der Bürger vor allem in jenen Bereichen besser ab, die ihren sozialen Anspruch berühren, z. B. bei der Verteilungs- und Sozialpolitik.

Nach Ansicht der Bürger ist die Union seit 1973 in allen Leistungsdimensionen kompetenter geworden; ihre politische Handlungsfähigkeit wurde immer positiver beurteilt.

Die Kurve, die das Kompetenzprofil ausweist, wanderte von 1973 auf 1975 ein gutes Stück in Richtung höheres CDU-Gewicht. Noch stärker war die Verbesserung zwischen 1975 und 1976.

Demgegenüber hat die SPD in den Augen der Bürger auf allen Ebenen an Kompetenz und politischer Handlungsfähigkeit eingebüßt. Selbst in weiten Bereichen des sozialpolitischen Feldes ist der ehemalige Kompetenzvorsprung der SPD innerhalb von nur drei Jahren (1973 bis 1976) zum Teil bis auf weniger als ein Drittel zusammengesmolzen: Das Kompetenz-Übergewicht der SPD im sozialen Bereich, das 1973 noch zwischen 30 und 40 Punkten lag, hat sich bis 1976 auf etwa 10 Punkte reduziert (Infas, Wahlanalyse 1976).

Mit der Sachkompetenz stiegen mit einer zeitlichen Verzögerung die Präferenzen für die Union. Ab 1975 erzielte die CDU/CSU in den Umfragen durchschnittlich zwischen 48 und 50 %.

Heute wird der Union in 16 von 30 abgefragten Problembereichen die Lösungskompetenz von der gesamten Bevölkerung zugebilligt. Auf drei weiteren Feldern sind die Kompetenzen der Parteien ausgeglichen.

Die Gesamtmeinungen über alle Probleme belegen mit 772 % für die Union und 651 % für die SPD, daß der Union in der Summe der abgefragten Problemfelder die größere Lösungsfähigkeit zugetraut wird.

Das bedeutet aber auch einen Kompetenzvorsprung der Unionsparteien in vier der fünf wichtigsten Themenbereiche.

— Energiesicherung	(+ 3)
— Rentensicherung	(+ 6)
— Arbeitslosigkeit	(- 7)
— Inflationsbekämpfung	(+ 1)
— innere Sicherheit	(+ 6)

^{*)} Ergebnisse von Emnid im Mai 1979, da im Allensbacher Fragemodell noch nicht enthalten.

Eine Partei kann in unserer Gesellschaft das Vertrauen der Bürger nur dann dauernd an sich binden, wenn sie in der Lage ist, ökonomische Probleme zu meistern und so Lebensstandard und Wohlstand zu garantieren.

Und auf diesem Gebiet ist die CDU/CSU führend.

Sowohl bei der Stabilitätspolitik, Investitionsförderung und bei der Inflationbekämpfung als auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen hat sie die Kompetenz.

Aber auch in weiteren wichtigen Problembereichen besitzt die Union einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor der SPD, und zwar:

- persönliche Freiheit (+ 5)
- politische Beeinflussung von Kindern in der Schule (+ 10)
- Familienpolitik, Geburtenrückgang (+ 11)
- Kampf gegen Sozialismus (+ 21)
- Nachgiebigkeit gegenüber dem Osten (+ 26)

Die höchsten Kompetenzüberschüsse erzielt die CDU/CSU in den Themenfeldern innere Sicherheit und Sozialismus/Kommunismus.

In einer Reihe von Feldern konnte die Union ihre Lösungskompetenz in letzter Zeit ausbauen. Gegenüber der letzten Messung im März 1979 geschah das vor allem in Bereichen wie Rentensicherung, Umweltschutz, persönliche Freiheit (Bürokratie), Familienpolitik (Geburtenrückgang) und Sozialpolitik.

Konsequente Sachpolitik zahlt sich aus

Die Bundesregierung befindet sich in einem tiefen Dilemma. Ihre knappe Mehrheit berechtigt sie einerseits zur Ausübung der Regierungsmacht. Die formalen Voraussetzungen des Regierens sind gegeben. Der Kanzler ist von der Parlamentsmehrheit gewählt, der Bundeshaushalt ist — wenn auch unter Schwierigkeiten — mehrheitlich verabschiedet worden. Andererseits fehlt der Regierung jedoch in wichtigen Sachfragen (z. B. Energie, innere Sicherheit) die parlamentarische Mehrheit, damit die inhaltlich politische Voraussetzung zum Regieren.

Dementsprechend verzögern sich Entscheidungen, Handlungen unterbleiben oder erfolgen zum falschen Zeitpunkt. An sich wichtige Maßnahmen werden aus ideologischen Gründen zerstückelt, bevor ihnen im bürokratischen Vollzug endgültig die beabsichtigte Wirkung genommen wird.

Diese offenkundige Beeinträchtigung der Beweglichkeit der Regierung wird durch weniger offenkundige Restriktionen wirkungsvoll ergänzt.

Viele notwendige Maßnahmen werden gar nicht erst erwogen, manche Initiativen gar nicht erst eingeleitet, weil absehbar ist, daß sie am Veto bestimmter Gruppen und Gruppierungen in der Koalition scheitern werden. Unter diesen Bedingungen wechselseitiger Selbstblockaden gerät Regieren zum Verwalten der Krise. Macht und Machterhalt verlieren ihren politisch-inhaltlichen Bezug und werden zum Selbstzweck. Probleme können nicht mehr vorbeugend verhindert, sondern in ihren Auswirkungen nur noch bekämpft werden.

Die Problemfülle läßt ein passives Verwalten nicht mehr zu. Es besteht die Gefahr, daß jetzt auch mögliche und erfolgversprechende Lösungsansätze verschüttet und die Leistungskraft von Gesellschaft, Wirtschaft und Bürger überfordert werden.

Der Bürger spürt zunehmend, daß Bundesregierung und sozial-liberale Koalition weder die eigene Schwäche überwinden noch der Probleme Herr werden können. Der Bürger sieht sich durch die Politik der Regierung mehr und mehr auf die Verliererseite gestellt: als Arbeitnehmer, Verbraucher, Sparer, Steuerzahler und Unternehmer.

Der Wähler erkennt zunehmend, daß richtungweisende politische Entscheidungen und Perspektiven im politischen Handeln heute notwendiger denn je sind. Er erwartet Alternativen und Vorschläge der Union und ist bereit, die Vorwärts-Alternativen der CDU/CSU als zukunftsweisend zu akzeptieren. Klar ist: Eine konsequente und differenzierte Sachpolitik der Union zahlt sich in einer zunehmenden Kompetenzzuweisung aus.

Beispielhaft für die bisher geleistete Sachpolitik der Union stehen folgende Aktivitäten:

— Im November 1978 wurden mit dem Medientag der CDU/CSU im Konrad-Adenauer-Haus Signale für eine freiheitliche Medienpolitik in der Bundesrepublik gesetzt.

— Auf einer wissenschaftlichen Fachtagung „Lebenswerte Zukunft“ hat sich im März 1979 die CDU zusammen mit Vertretern aus Politik und Wissenschaft mit den Themen Umwelt und Wachstum auseinandergesetzt.

— Mit den „Wohnungspolitischen Leitsätzen“, die im Mai 1979 verabschiedet wurden, griff die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Thema auf, das unseren Bürgern im täglichen Leben stets vor Augen ist.

— Der Bundesparteiausschuß verabschiedete im September 1979 das Wirtschaftspolitische Programm der CDU, das dem Wähler klare Antworten auf die brennenden wirtschaftspolitischen Fragen in Gegenwart und Zukunft gibt.

— Der stark beachtete Sportkongreß der CDU befaßte sich im Oktober 1979 unter Teilnahme anerkannter Experten mit der Zukunft des Sports.

— Die Bundesfachausschüsse der CDU verabschiedeten eine Reihe von Vorschlägen und Thesen zu wichtigen bürgernahen Themen der Politik. Zu nennen sind hier u. a. die „Bürgerbeteiligung in der Gemeinde“, „Verbraucherschutz in der EG“, „Europa — Zukunft der jungen Generation“, „Verkehrsberuhigung in Städten“ und „Schülerbeförderung“.

— Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag behandelte im Jahre 1979 u. a. umfassend die Themen Abrüstung, ältere Menschen, Behinderte, Datenschutz, Bildungspolitik, Familienpolitik, Energiepolitik, Jugendpolitik und Wirtschaftspolitik.

— Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang der Beschluß des Kieler Parteitags, die Probleme Sicherheit, Bürgerfreiheit und Partnerschaft als Gegensätze zur Neutralisierung, Bürokratie und Klassenkampf im Europawahlkampf offensiv zu vertreten. Die Thematisierung dieser Problembereiche schlägt sich heute als gestiegene Kompetenz der Union nieder.